





Aber im Gebrauch von Waffen zu unterrichten oder auszubilden" und diese Tätigkeit ist allen Vereinen gleich welcher Art nach Absatz 2, Artikel 177 des Friedensvertrages ausdrücklich untersagt.

Herr Noske und der preussische Minister des Innern freiden also ein ganz gefährliches Spiel, wenn sie in dieser Richtung Art und Weise die Friedensbedingungen zu hintergehen versuchen. Es ist ein ausgezeichnetes Spiel, wenn in dem Noske-Erlaß angeordnet wird, daß alle weiteren Maßnahmen nur mündlich zu vereinbaren sind und über „etwaige Verfahren" nur mündlich berichtet werden soll. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dieser Satz doch nur das eine, daß die militärischen Stellen mit den Einwohnerwehren weiter in Verbindung bleiben wollen. Um sich aber nicht festzusetzen, will man nichts Schriftliches herausgeben, sondern alle Abmachungen mündlich treffen. Auch diese Maßnahme verleiht gegen den Friedensvertrag und birgt wie alles andere die Gefahr kühner Konflikte in sich, da nach Absatz 3, Artikel 177 des Friedensvertrages, es dem Kriegsministerium oder irgendwelchen militärischen Behörden verboten ist, Verbindungen mit Vereinen und Abteilungen zu unterhalten, die zu militärischen Zwecken mißbraucht werden.

Wir haben die Einwohnerwehren von jeher für überflüssig gehalten und sie wegen ihres konterrevolutionären Charakters bekämpft. Das es ausgesprochene Organisations der Gegenrevolution sind, beweist schon die Tatsache, daß nur „zuverlässige" Elemente bewaffnet werden. Sozialistische Arbeiter werden in den Einwohnerwehren nicht geduldet. Ein Erlaß des Reichswehrgruppenkommandos I vom 7. Juli 1919 weist ausdrücklich darauf hin, daß Mitglieder der U. S. P. D. auf Grund einer Verfügung des Reichswehrministers vom 25. Juni in die Einwohnerwehren nicht aufgenommen werden dürfen. Die Einwohnerwehren erhalten von den militärischen Stellen auf Grund dieser Verfügung erst dann Waffen ausgeliefert, wenn von den zuständigen Zivilbehörden auf den Anforderungschein vermerkt wird, daß Anhänger der U. S. P. D. in der betreffenden Einwohnerwehr nicht vorhanden sind. Die militärischen Beauftragten bei der Einwohnerwehr werden aufs strengste angewiesen, „auf die unbedingte Zuverlässigkeit der Einwohnerwehren ihr besonderes Augenmerk zu richten" und sie sind der Militärbehörde gegenüber verantwortlich dafür, daß keine ordnungsfeindlichen Elemente in den Einwohnerwehren Platz finden.

Der konterrevolutionäre Charakter dieser Organisationen wird noch besonders dadurch bekräftigt, daß die Zentralstelle für Einwohnerwehren den Offizieren und Unteroffizieren verboten hat, dem Republikanischen Führerbund beizutreten. Demnach werden bei den Einwohnerwehren nur monarchistisch gesinnte Elemente als Führer geduldet, und diese werden ihren reaktionären Geist auch in die Reihen der Wehren tragen.

Alles dies veranlaßt uns, die sofortige Auflösung der Einwohnerwehren zu fordern. Wir haben an unserem Scherzherren sozial Militarismus, daß wir eine bewaffnete Bürgergarde unter seinen Umständen aufrecht erhalten können. Die Einwohnerwehren gefährden nicht nur die Revolution, sondern auch den Friedensvertrag, ganz abgesehen davon, daß sie alljährlich Millionen von unruhigen Ausgaben verursachen, die sich das deutsche Volk nicht leisten kann.

## Die monarchistischen Konstellationen.

Die monarchistischen Demonstrationen der Noskeoffiziere geben dem „Vorwärts" erneut Veranlassung, dazu Stellung zu nehmen. Er weist darauf hin, daß gestern vormittag eine Truppenabteilung, mit Lanzenreitern und Offizieren, die gesamte Siedelungen, in einem demonstrativen Aufzug durch die Wilhelmstraße marschierte. Im Zuge wurden wehende schwarz-weiß-rote Fahnen getragen und, um diesen jüdischen Aufzug die Krone aufzusetzen, an den Heuschrecken der Reichsregierung die Wacht am Rhein gespielt.

Daß der „Vorwärts" jetzt auf einmal so eifrig die Warnungstrommel schlägt, deutet darauf hin, daß er noch eine Fülle von schwerwiegendem Material zur Verfügung hat. Nur so läßt es sich erklären, daß er auf einmal aus seiner Reserve hervortritt und die Regierung auffordert, gegen die aufstehende monarchistische Gefahr energische Maßnahmen zu ergreifen. Er weist außerdem noch von „bedenklichen Vorgängen in der Garde-Kavallerie-Schützen-Division" zu berichten, wofür er spricht:

Die Freiwilligen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, fast alles Leute von ausgeprägter konservativer Gesinnung, sind am Sonntag und Montag wegen zu erwartender Ruhe für den 21. Juli einberufen worden. Obwohl am 21. Juli ohne ernstliche Zusammenkünfte vorübergegangen ist, werden die Einberufungen noch jetzt eifrig fortgesetzt.

Unter den Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division haben fortwährend streng geheime Gespräche statt, von denen alle ferngehalten werden, die nicht als ganz „zuverlässig" erscheinen. Die Mannschaften werden systematisch gegen die Regierung aufgebracht. Es wird ihnen vorzählt, die Regierung werde sie demnächst bei der gemäß Friedensvertrag erfolgenden Verminderung der Truppenstärke brot- und erlösenlos auf die Straße setzen. Dabei wird angegeben, daß vielleicht eine andere Regierung besser für sie sorgen würde. Bei einem Vortrag sind auch die Worte gefallen, es sei ja klar, daß es mit dieser Regierung auf die Dauer nicht ginge. Die Stelle, die damals diese Mitteilungen an uns gelangen ließ, zog aus diesen Angaben sowie verschiedenen anderen die Folgerung, daß in der Garde-Kavallerie-Schützen-Division etwas im Gange ist, was strengster Kontrolle bedürftig.

Der „Vorwärts" hat mit diesen Enthüllungen, die für uns durchaus nichts Neues sind, doch. Wenn wir früher über ähnliche Vorgänge berichteten, sagte sofort der amtliche Demontierapparat ein und der „Vorwärts" druckte dann dessen „Verächtigungen" regelmäßig mit der Ueberschrift ab: Neue Lügenmeldungen der Freiheit. Heute, wo der „Vorwärts" sich bei den Offizieren, seinen ehemaligen Lieblingen, vorübergehend als unliebbares Kind gebärdet, widerfährt ihm das gleiche Schicksal wie uns: Seine Behauptungen werden von „zuverlässiger Seite" abgestritten, und dabei muß er folgenden höhnischen Erguß über sich ergehen lassen:

Bei dem sonst mannhaften Auftreten des „Vorwärts" zur Erhaltung unserer Rheinlande sei es doch höchst merkwürdig, daß das genannte Blatt sich gerade darüber ereifert, wenn irgendeine Musikkapelle ein Lied spielt, das bis zum 9. Nov. — und auch wohl über diese Zeit noch hinaus — wohl von dem allergrößten Teil der sozialdemokratischen Wähler mit derselben Bewunderung gelungen wurde, wie von anderen Deutschen. Oder fürchtet der „Vorwärts", daß die Stadt Berlin wegen dieser Kundgebung vielleicht von Marschall Koch mit einer Geldstrafe belegt wird? Daß die Reiter schwarz-weiß-rote Fahnen an den Lanzen getragen haben, läßt sich nicht als Verbrechen zu bezeichnen sein, wenigstens hätte sich der „Vorwärts" nicht darüber aufgeregt, wenn die Lanzenreiter rote Fahnen gehabt hätten.

Hoffentlich verliert der „Vorwärts" nach einer solchen Abfuhr nicht den Mut zu weiteren Enthüllungen. Denn die Sache könnte beinahe weiter wirken, wenn sie nicht die tragischsten Gefahren in sich verbergen würde. Die Geister, die jetzt den „Vorwärts" von allen Seiten mit drohenden Gezeiten bestürmen, hat er noch vor wenigen Wochen als Helden der Republik in den Himmel gehoben. Nicht ganz mit Unrecht fragt deshalb die „Kreuzzeitung", wo die republikanische Regierung geblieben wäre, wenn sich die monarchistisch gesinnten Offiziere nicht schüßend vor Herrn Ebert, Scheidemann und die übrigen Genossen gestellt hätten? Und die „Tägliche Rundschau" kann sich sogar auf Herrn Noske stützen, indem sie darauf hinweist, daß dieser sich als Gegner des republikanischen Führerbundes bekannt habe, womit also die monarchistischen Offiziere ganz im Recht seien, wenn sie sich, wie es durch Generalleutnant Holmann geschehen ist, den Schutz der Regierung gegen die gefährlichen Angriffe des „Vorwärts" erbitten.

Die monarchistischen Kundgebungen werden demnach vorderhand nicht aufhören. Sie zu verbieten, dazu hat weder der „Vorwärts" noch die Regierung die Macht.

## Eine Elitetruppe.

Derzeit stellen Berichten wir von der monarchistischen Kundgebung einer Reichsreittruppe. Wie wir inzwischen erfahren haben, handelte es sich um die Eiserne Eskadron, die am Montag von ihrem Standort Dahme nach Berlin gekommen war, um der Regierung zu zeigen, daß sie nicht gewillt sei, sich auflösen zu lassen. In einem Detachementsbefehl wurde ausdrücklich erklärt, die Eiserne Eskadron werde, wie es mit allen Freiwilligengruppen gemacht werden soll, in keinem Fall aufgelöst, sondern der Kommandeur, ein Major, werde sie eventuell auf eigene Faust weiterführen. Fortgesetzt werden noch neue Mannschaften eingestellt, so daß die Truppe bereits eine Stärke von ca. 1000 Mann erreicht hat. Lebensmittel sind für einen Zeitraum von sechs Monaten vorhanden, ebenso ungeheure Mengen von Waffen und Munition. Das Detachement hat einen Bestand von sechs Geschützen, ca. 50 Maschinengewehren, mehreren Minenwerfern usw. Ebenso sind einige Flugzeuge in seinem Besitz, andere neuerbaute Großflurmaschinen sollen eingestellt werden.

Die Truppe hat sich bei der Besichtigung des Schlosses Dahme völlig verhalten gemacht, — weniger durch ihre reaktionäre Besinnung als durch dauernde Diebstähle und Einbrüche. Außerdem geben die Soldaten mit ungläublicher Verächtlichkeit gegen die Zivilbevölkerung vor: Vor einiger Zeit drangen Angehörige der Eiserne Eskadron in das Heim einer geschlossenen Gesellschaft ein, mißhandelten die männlichen Mitglieder und trieben sie mit Waffengewalt aus dem Saal. Geschickverfahren wegen mehrerer Vergewaltigungsversuche an jungen Mädchen sind eingeleitet worden. Auch das Verhältnis zwischen den zahlreichen Offizieren und den Mannschaften ist eigenartig. Mißhandlungen Untergeordneter kommen häufiger vor. So wurde vor zwei Wochen ein Soldat von einem Leutnant blutig geschlagen, weil er eine abfällige Bemerkung über Wilhelm II. gemacht hatte. Daß die Offiziere Ungehöriges tun, ist zu selbstverständlich, um es hervorzuheben. „Heil dir im Sieger-Kranz" gehört zum täglichen Repertoire der Kavallerie.

Von dieser Elitetruppe sind nun am Montag etwa 600 Mann nach Berlin gekommen, um für sich Stimmung zu machen. Ohne irgendeine Weisung zu verhandeln, wählten sie fest wiederholten Protestes des Wehlers der Kaiserpalast in der Luisenstraße zum Quartier, wobei alle verschlossenen Türen aufgestoßen wurden. Nach ihrer Entlassung am Mittwoch sind sie nun gestern vormittag blumengeschmückt unter den Händen monarchistischer Lieber hinter nachgelassenen schwarz-weiß-rotten Fahnen zur Abfahrt nach dem Anhalter Bahnhof abgerückt.

Inzwischen ist bei den zurückgebliebenen Truppen in Dahme ein glatter Nord vorgekommen: Dort wurde am Dienstag ein Flieger wegen Nichtausführung eines Befehls von einem Wachtmeister sofort erschossen.

## Die rheinische Frage.

Düsseldorf, 28. Juli.

H. T. B. meldet: Die bereits mitgeteilt, haben heute vormittag im Sitzungssaal des Ständehauses unter dem Vorsitz des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch die Besprechungen über die Frage der Rheinischen oder Rheinisch-Westfälischen Republik begonnen. Nach den „Düsseldorfer Nachrichten" wies der Ministerpräsident Hirsch in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die rheinische Frage eine der wichtigsten, ja vielleicht die bedeutendste Frage für Preußen und Deutschland darstelle. Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß die Staatsregierung nach wie vor Gegner eines solchen Planes sei und nicht nur im preussischen, sondern auch im deutschen Interesse auf diesem Standpunkt stehe. Generalsekretär Dr. Wenner-Düffeldorf regte in der Geschäftsverordnungsansprache an, zunächst den Besprechern der Frage das Wort zu erteilen. Oberbürgermeister Dehaene ergriff das Wort zu erteilen. Oberbürgermeister Dehaene erklärte, daß die Frage vielfach falsch beurteilt werde. In Unternehmungen, wie sie von Dorten und Genossen in Wiesbaden durchgeführt worden seien, deutete im Rheinland kein anständig denkender Mensch. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Lage des Rheinlandes ungenügend schwierig sei, was außerhalb der Reichsgrenzen nicht beachtet werde. Es sei notwendig, das deutsche Einheits- und Zugehörigkeitsgefühl zu stärken.

In den Verhandlungen nahmen ungefähr 150 Herren teil, unter ihnen der kommandierende General des 7. Armeekorps Freiherr von Waller, der Oberpräsident der Rheinprovinz von Orozio, Generalsuperintendent Klingemann, Vertreter der Regierung, der Oberpräsidialverwaltung, die Oberbürgermeister von zahlreichen rheinischen Großstädten, Vertreter der Landwirtschaft, der Groß-Industrie, der Landwirtschaft

und der freien Berufe. Auch waren mehrere Abgeordnete anwesend.

Wo aber waren die Vertreter der Arbeiter? Sollen nur das Kapital, das Militär und die Geistlichen in dieser Frage etwas zu sagen haben?

## Seelengemeinschaft.

Die „Deutsche Zeitung", die tagtäglich in ihren Spalten zur Sache aufruft, zum unaufrichtigen Sach bis zum letzten Atemzuge und zur Revanche für den Schmachfrieden, sie klagt bitter darüber, daß der Ministerpräsident Bauer und der Minister des Inneren, Hermann Müller, in ihren Programmen sich einmütig und mit aller Schärfe gegen jede Revanchepolitik gewandt haben. Unfassbar ist für diese Zeitung, wie deutsche Minister ausrufen können: „Niederkämpfen müssen wir den Schrei nach Rache" und „die Seele unserer Jugend soll nicht durch Hofgesänge vergiftet werden". Doch voll Frohlocken vermag das alldeutsche Heßblatt festzustellen, daß es auch im sozialdemokratischen Lager einen Mann gibt, der, genau wie sie, Völkerveröhnung und Völkerrfrieden für abgetanenen Münder erklärt, der, genau wie sie, nur die brutale Macht anerkennt und dessen Seele nach Revanche nach Krieg und noch Sieg dürstet. Es ist der bisherige deutsche Gesandte im Baltikum und der jetzige Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, der solche schandlichen Worte in der „Globe" zu verkünden weiß. Unfassbar ist es, wie ein Mann, der noch die Stirn hat, sich öffentlich Sozialdemokrat zu nennen, folgendes schreiben kann:

„Das Morgen wird der Feind des Heute sein. Es wird Krieg ansagen den blutigen Thronen von ewigem Frieden, den sinnlichen Gefallen von Recht und Gerechtigkeit, der hohen Rederei von Kultur und Menschlichkeit. Den ewigen Frieden dieser Art wie wir ihn heute erleben, werden wir lassen, solange ein Mann in uns ist."

So ist der ewige Frieden, in dem Recht und Gerechtigkeit herrschen, in dem Kultur und Menschlichkeit blühen sollen, für Winnig also nur ein Gegenstand des höchsten Falles. Daß ist das Gefühl, das fast fünf Jahre langes Werdens, das Blutgier und Verstummen, das Not und Entsetzen in ihm wachgerufen haben. Während all jene, die während dieser Jahre im Feuer gestanden haben, und die zerrissene Leiber und rotes Blut neben sich aufsprühen haben, voll Traurigkeit und Zerknirschung dem Gedanken vom ewigen Frieden zuschwanden, begt der „Sozialdemokrat" August Winnig nur den Gedanken an neuen Nord, an neue Vernichtung allen Seins und damit auch an ewige ununterbrochene Vergewaltigung.

Und wenn die leitenden Staatsmänner, die derselben Partei wie August Winnig angehören, in ihren programmatischen Reden von Völkerveröhnung und Völkerrfrieden sprechen, wenn sie Rache und Revanche für alle Zeiten ablehnen, so erklärt Herr Winnig, einer ihrer höchsten Beamten in der Provinz, diese Worte als Lüge, denn er sagt, man verstehe zwar, daß den amtlichen Rednern eine andere Sprache nicht gefallt sei, aber man würde sich schämen, dafür bedanken, wenn man diesen in die Augen für bare Münze nehmen sollte.

Wird die Regierung diesen Mann, der ihr offen vorwirft, daß sie das Volk betrüge und belüge, nur einen Tag länger im Amte behalten?

Und inmitten all seines Gefäßes von „vertretenem Volkstum", von „Renouveau" und von „nationaler Wiedergeburt" vorzählt Herr August Winnig die Hauptfrage nicht: den Antisemitismus. Er klagt über die „nichtdeutschen Mitglieder" seiner Partei, die Juden aus dem Osten, die darauf verzichten sollten, dem deutschen Volke ihren Satz zu erteilen, die „niemals ein berufener Interpret jener Regungen des Volkes wären, die letzten Endes doch in dunklen Geheimnissen des Blutes ihren Ursprung haben", die schließlich aus ihrer Nationslosigkeit heraus versuchen, dem Volke eine Politik aufzureden, zu der es sich nur heissen könnte, wenn es sich des letzten Restes nationaler Würde entäuhere."

Warum so schamhaft, Herr Winnig, warum so viel Worte, wo der andere doch nur das eine, das Gewollte herauskriegt: „Nieder mit den Juden!"

Der „Deutschen Zeitung" aber gratulieren wir, daß sie einen derartigen Nummern gefunden hat. Die Seelengemeinschaft Winnig-„Deutsche Zeitung" bildet ein bleibendes Dokument in der Geschichte der deutschen Konterrevolution.

## Der Friedensvertrag vor dem Unterhause.

Konstantinopel, 28. Juli.

Aus der Aussprache über den Friedensvertrag in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 21. Juli und aus der darauf folgenden Rede Lord Georges ist folgendes auszutragen:

Clynes (Arbeiterviertel) erklärte, die Gefühle eines sehr großen Teiles der Arbeiterklasse gegenüber dem Vertrag seien sehr bereit von General Smuts ausgedrückt worden, als er sagte: „Ich habe den Friedensvertrag mitunterzeichnet, nicht weil ich ihn als ein beschließendes Dokument ansehe, sondern weil es notwendig ist, den Krieg abzuschließen, weil die Welt vor allem Frieden braucht, und die Lage durch die Fortdauer des unentschiedenen Zustandes zwischen Krieg und Frieden sehr verhängnisvoll werden würde." So würde sozialdemokratisch sein, den Vertrag in jeder Hinsicht allen denen annehmbar zu machen, die durch ihn getroffen würden, und dadurch das Emporkommen jenes revolutionären Geistes zu verhindern, der sich in Frankreich nach 1870 entwickelt hätte. Die Bestimmungen des Friedensvertrages würden von der Rasse der Industriearbeiter mit großem Mißtrauen betrachtet werden, wenn nicht in zwei Punkten Klarheit geschaffen werde, nämlich in der Frage der Dienstrecht und der Wählungen.

Lord Robert Cecil (Koalition) antwortete, er habe den Friedensvertrag ebenso, wie Smuts als Liquidierung des Kriegszustandes an, vom Völkerveröhnung müsse man die gleiche Bedeutung erwarten.

Devlin (Nationalist) fragte, ob die Grundzüge Wilsons auch auf Irland angewandt werden würden. Dort bestehe jetzt eine Nacht- und Nebelherrschschaft. Die irische Frage habe ausschließlich ein rein innerpolitisches Problem zu sein, man suche sie aber als solches zu behandeln. Alle freien Männer seien entsetzt über die Lage.

Lord George sagte über die Dienstrechtsfrage er hoffe, daß es am Ende dieses Jahres oder spätestens am Anfang des nächsten Jahres möglich sein werde, zu erklären, daß



...während der Verhandlungen...  
...die Verhandlungen...  
...die Verhandlungen...

### Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

Amsterdam, 21. Juli.  
Barnes teilte in seiner während der Debatte über den Friedensvertrag im Unterhaus gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland sobald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen und daß der Völkervertrag zugunsten habe, daß zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zur Konferenz zugelassen werden, die die Verordnungen behandeln sollen.

### Der Prozeß Agelrod.

Am 23. Juli begann in München der Hochverratsprozeß gegen den politischen Kommissar des Finanzwesens der Kaiserreichsrepublik Agelrod. Die Anklage geht dahin, daß Agelrod als Mitglied des Alldeutschen Ausschusses, besonders des Finanzwesens, die Befestigung des Reichsstaates Bayerns gewaltsam geändert und die Verfassung des Reichsstaates durch den Inhalt des Verfassungsvertrages geändert habe.

Agelrod weigerte sich von vornherein, sich zu der eigentlichen Anklage zu äußern, da er das Recht der Exterritorialität habe. Hierauf wurde die Frage der Exterritorialität eine lange Debatte. Agelrod erklärte, seine Exterritorialität beruhe darauf, daß er am 21. Juni im englischen Kustengebiet nach Deutschland gekommen sei, um das Pressebüro der Post zu organisieren. Er sei auch in Berlin als Diplomat anerkannt worden, denn er habe einen diplomatischen Kautschuk wie alle Diplomaten erhalten. Er erklärte wiederholt, daß die Hofstaatskanzlei politische Haltung gehabt habe, sondern nur zur Hebung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland bemüht war. Er sei später drei bis vier Wochen zur Einlieferung in das Moskauer Gefängnis nach Danzig und Nowgorod gekommen. In Danzig habe er wieder die Erlaubnis zur Einreise nach Deutschland erhalten. Von Deutschland versuchte er, nach der Schweiz zu fliehen, wurde hierbei wegen Verdachts der Teilnahme an einem Spezialkommando in Stuttgart beschloß, dem während dem Reichspräsidenten Wos jedoch mangels Beweise keine Verurteilung, mit dem Reichspräsidenten, ihn eventuell wieder abzugeben. Agelrod erklärte, daß Eduard ihm dann überredung in ein Sonderkommando überführen habe bringen und nach Österreich zu fliehen. Agelrod erklärte weiter, daß er sich nicht politisch betätigt habe. Die Aufforderung Lohnders und Leinards, die diplomatische Vertretung Rußlands bei der Kaiserreichsrepublik zu übernehmen, habe er abgelehnt, so daß die Einwilligung der russischen Regierung nicht eingeleitet sei.

Es werden darauf Telegramme der russischen Regierung verlesen, in denen diese erklärt, daß das Schicksal deutscher Exterritorialität in russischen Händen davon abhängig gemacht wurde, daß Agelrod und die übrigen in Deutschland gefangenen russischen Staatsangehörigen sofort freigelassen würden.

Die Verhandlung wendet sich darauf der Verhaftung Agelrods in Österreich und seiner Exterritorialität. Anträge der Verteidigung auf Auslieferung der Verhaftung, um zur Klärung der Frage der Exterritorialität, nach Genossen Danks und ferner Sachverständigen vom Kaiserreichlichen Komitee in Berlin kommen zu lassen, wird vom Gericht abgelehnt.

### Der Prozeß Neurath.

Am 22. Juni begann vor dem Standgericht in München der Prozeß gegen Dr. Otto Neurath, den ehemaligen Reichspräsidenten des Kaiserreichs. Neurath wird beschuldigt, die Kaiserreichsrepublik zu Hochverrat. Neurath wird beschuldigt, die Kaiserreichsrepublik zu Hochverrat. Neurath wird beschuldigt, die Kaiserreichsrepublik zu Hochverrat. Neurath wird beschuldigt, die Kaiserreichsrepublik zu Hochverrat.

### Der Fall Hanheim.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung der Ermordung des französischen Sergeanten Hanheim haben nach Aussage zu keinem Resultat geführt. Von einem angeklagten Ermittlungen der Militärgerichte, denen die Nachforschungen des Bundes kriminalisch übergeben sein sollten, hat man bisher überhaupt noch nichts gehört.

Zur übrigen Welt die französische Regierung eine Million als Hilfe zu zahlen habe, trotz der Weigerung der deutschen Regierung unbedingte Zustimmung zu halten. Die Note Joffre ist bisher von der deutschen Regierung nicht veröffentlicht worden, so daß nähere Einzelheiten nicht angegeben werden können.

### Die Aktion der französischen Arbeiter.

Das Nationalkomitee der französischen Arbeiterverbände und Gewerkschaften hat am Mittwoch nach vierstündiger Zusammenkunft seine Sitzungen beendet. Es hat in einer allgemeinen Schlussresolution, die einstimmig angenommen wurde, die Beschlüsse der

Confédération genehmigt und die Aufforderung einer gemeinsamen Aktionsformel beschlossen, die von allen Organisationen der Confédération obligatorisch auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses im Dezember gesetzt wird. Alle Mitglieder der Confédération sollen auch weiterhin im Lande gegen die Unterwerfung für schnelle Mobilisierung, für eine allgemeine Streikaktion, für die Einsetzung jeder Intervention gegen die Arbeiterrevolutionen in Rußland und Ungarn Propaganda treiben. Weiter erklärte sich das Nationalkomitee mit der Wirtschafspolitik, die auf den Grundlagen des Völkerbundes aufgebaut ist, einverstanden. Es wurde schließlich die Beseitigung aller Zollschranken, die Aufhebung der Blockade gegen Rußland und Ungarn und die Wiederaufnahme der gesamten Beziehungen mit Deutschland verlangt.

### Keine Interventionen Frankreichs.

Berlin, 24. Juli.  
Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Clemenceau gab am Freitag Arbeitern gegenüber die Erklärung ab, daß Frankreich weder in Rußland noch in Ungarn zu intervenieren beabsichtigt. Es habe nur noch ein oder zwei Bataillone im Etappengebiet der Armee belassen zu stehen. Alle Truppentransporte und Munitionszufuhren, die heute nach Ungarn gehen, kommen von englischer Seite.

### Die Franzosen auf der internationalen Konferenz.

Bern, 24. Juli.  
Nach dem Prozeß de Lyon nehmen von der französischen Sozialistenpartei an der internationalen Konferenz in Bern für die neue Partei teil: Cahin, Longuet, Daniel Meroult und Wilral. Für die neue Minorität nehmen teil: Albert Thomas, Renaudel, Beisson und Severac. Albert Thomas ist bereits in Genf eingetroffen.

### Beginn des internationalen Gewerkschaftskongresses.

Amsterdam, 24. Juli.  
Heute treffen hier die deutschen, englischen, amerikanischen, schwedischen und wahrscheinlich auch die belgischen und schweizerischen Abgeordneten zu dem internationalen Gewerkschaftskongress ein.

### Der englische Bergarbeiterstreik.

Verhandlungen mit der Regierung.

H.N. Sagg, 24. Juli.  
Gestern Abend hatte Lloyd George eine Unterredung mit den Gewerkschaften und heute empfing er zusammen mit Bonar Law den Vorstand der Gewerkschaften. Nach der heutigen Zusammenkunft wurde folgende Erklärung abgegeben: Der Ministerpräsident empfing die Vertreter der Gewerkschaften, die die Forderung der Gewerkschaften für die Absetzung der Arbeitszeit zu besprechen. Er willigte in den Standpunkt der Arbeiter auf Grund der Schwierigkeiten auszuweichen. Nach einer längeren Beratung gab Lloyd George der Forderung folgenden Vorschlag zur Erwägung: In der Voraussetzung, daß die Arbeiter um weniger als 10 Prozent sinken wird, ist die Regierung bereit, zu erwirken, daß die Arbeiter keine Lohnsenkung erleiden werden. Die Löhne werden insoweit entsprechend erhöht werden, so daß der Stundenlohn etwa in demselben Maße steigen wird, wie die Arbeitszeit herabgesetzt wird. Der Ministerpräsident schlug vor, diese Regelung in den verschiedenen Gewerkschaften von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer untersuchen zu lassen. Smithie sagte, daß sein Verband heute nachmittag die Beschlüsse der Regierung erörtern würde.

### Uffstand in Kroatien.

Budapest, 24. Juli.  
Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau erhält von verschiedenen Orten der Demarkationslinie Meldungen über den Ausbruch der Revolution in Kroatien. Die Serben versuchen, die kroatischen Revolutionäre durch Militär niedergzuhalten. An mehreren Orten kam es zu Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die serbische kroatische Republik ausgerufen und Kundgebungen für die ungarische Republik veranstaltet hätten. Etwas später haben kroatische Soldaten die Demarkationslinie überschritten und verbrüderten sich mit den ungarischen roten Soldaten.

Weitere Meldungen der ungarischen Telegraphen-Korrespondenz berichten über große Unruhen in Barasdin und Agram sowie über Auflösung der Division in der Armee. Inwiefern diese Meldungen den Tatsachen entsprechen, muß abgewartet werden. Eine andere Deutung der Vorgänge gibt folgende Meldung:

Wien, 24. Juli.  
Nach einer Grazer Meldung der „Zeit“ nahm an dem Aufbruch in Warburg nahezu die ganze Garnison teil. Die wilde Schiere, bei der außer Gewehren auch Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, forderte mehr als hundert Tote und mehr als zweihundert Verletzte. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt. Den letzten Nachschub zufolge ist in Warburg wieder vollkommene Ruhe eingetreten.

Danach scheint es sich bei den Unruhen in Kroatien um eine Militärrévolution gegen die serbischen Besatzungstruppen zu handeln, bei der wohl auch der Gegensatz zwischen den Kroaten und den Serben zum Durchbruch kam.

### Aufzug der Rumänen.

H.N. Sagg, 24. Juli.  
Das rumänische Große Hauptquartier meldet: Unsere Truppen ziehen sich planmäßig und in größter Ordnung zurück, ohne dabei mit den magyarischen Truppen Verbindung zu nehmen. Die Meldung des ungarischen Kommandos, daß zwischen unseren und den magyarischen Truppen heftige Kämpfe stattfinden, ist tendenziös, um das Ansehen der ungarischen Truppen zu heben.

### Einstellung der Feindseligkeiten in Marokko.

Amsterdam, 24. Juli.  
Laut „Allgemeines Handelsblatt“ melden die „Times“ aus Tanger, daß die spanischen Streitkräfte in den Bezirken Tetuan, Gontar und Larraoch aus Marokko die Instruktion erhalten haben sollen, alle Feindseligkeiten gegen Marokko und die angrenzenden Stämme einzustellen.

### Verhaftung von Kommunisten in Polen.

Beuthen, 24. Juli.  
Der „Anhalt“ meldet: Am Mittwoch fand in Sosnowice ein Delegiertenkongress aller Kommunisten von Kongressen statt, an dem besonders Vertreter aus den polnischen Industriebezirken Lodz und Warschau anwesend waren. Seitens der polnischen Regierung wurden sämtliche 153 Teilnehmer angeblich wegen politischer und krimineller Umtriebe verhaftet.

### Planwirtschaft und Landarbeiterstreik.

Weimar, 24. Juli.  
Die heutige Sitzung beschäftigte sich mit zwei Interpellationen der Reichstagspartei. Die eine, von dem Abgeordneten Dr. B. (Sp.) begründet, fragt an, ob die Regierung die planwirtschaftliche Verwirklichung wolle. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt antwortete hierauf, daß die Regierung bereits ihre Erklärung dazu abgegeben habe. Das Reichswirtschaftsamt werde versuchen, die Interessengruppen auszugleichen, ein hartes System solle nicht aufgestellt werden. Sobald wie möglich sollen die Beschränkungen für den Handel aufgehoben werden. Die Kriegswirtschaft habe die Preise im Inlande weit unter dem Weltmarktpreis gehalten, der Zwang, den sie eingeführt habe, solle nur so weit als möglich aufrecht erhalten bleiben. Die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen, die im Lande entbehrt werden können, oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, soll nach Möglichkeit gefördert werden. Ganz frei solle die Einfuhr für Fertigfabrikate nicht werden. Tringend notwendig sei die Einfuhr von Rohstoffen und von Rohstoffen für die Textilindustrie. Die wichtigste Aufgabe bleibe die Hebung der Kohlenproduktion. Bei ihrem jetzigen Stande sei es unmöglich, der Industrie eine freie Entwicklung zu verbürgen. Die Arbeiter sollten sich der schweren Verantwortung bewußt bleiben, wenn sie hier die Arbeit verweigern. Auch die Neuordnung des Güterverkehrs sei bei Streiks und Unruhen unmöglich. Die Eisenbahner sollten daran denken, daß sie mit der Freiheit keinen Widerspruch treiben sollen.

Die zweite Interpellation wurde vom Abgeordneten Dr. D. (Sp.) begründet. Er wiederholte ungefähr das, was seine Gesinnungsgenossen in der Preussischen Landtagsversammlung ausgeführt haben. Verheerende Agitatoren hätten die Landarbeiter aufgewiegelt, russisches Geld sei dazu verwendet worden, die Regierung habe nichts dagegen getan. Die Landwirte würden sich trotzdem bemühen, wie bisher, vorüberhaltend zu wirken. Diese Ausführungen wurden erwidert durch eine parlamentarische Rede des Herrn Behrens von den Reichstagspartei, der sich als Arbeitervertreter nennt. Er wandte sich gegen das „Streikverbot“ und verlangte, daß unter allen Umständen die Ordnung auf dem Lande aufrechterhalten werden müsse.

Reichsarbeitsminister Schäfer konnte nicht umhin, zum Anfang seiner Rede gleichfalls von verheerenden Agitatoren zu reden. Schäfer aber gerahnte er doch einige kräftige Worte gegen die rücksichtslose Ausnutzung der Konjunktur durch die agrarischen Unternehmer, mit denen sie den Arbeitern ein schlechtes Beispiel gegeben hätten. Als Vorbeugungsmittel für künftige Streiks soll außer einer Landarbeiterordnung noch folgendes geschehen: Es sei ein Erlass herausgegeben worden, der den wilden Kundgebungen der Landarbeiter vorbeugen soll; es seien Verhandlungen im Gange zum Ausbau der Besetzung des Tarifwesens, insbesondere in der Richtung, daß in bezug auf Lohn und Deputat sowie Arbeitszeit klare Bestimmungen getroffen und Prüfungsstellen und Schlichtungsinstanzen eingesetzt werden; endlich seien Verhandlungen im Gange, inwiefern eine Haftung einzuführen habe für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur der Arbeiter, vor allen Dingen auch der Unternehmer. Zum Schluß sagte er, daß in keinem Falle etwa beabsichtigt sei, das Streikverbot irgendwie anzuhäufeln oder einzuschränken; aber auf Umwegen läßt sich auch der Ausbruch von Streiks gewaltsam dadurch verhindern, daß er den „Vertragsbruch“ unter Strafe stellen will. Die Landarbeiter sollen also mit einem Kundgebungsverbot bedacht werden.

In der Besprechung der Interpellationen kam nur der rechtliche Aspekt zum Wort. Aus seinen Ausführungen ist lediglich festzuhalten, daß er behauptete, seinen Gesinnungsgenossen sei es niemals eingefallen, die Kriegswirtschaft als Sozialismus auszugeben. Der Mann scheint ein sehr schärfes Gedächtnis zu haben. Er soll nur bei Herrn Behrens, dem Vorstandsmittglied des Reichsarbeiter-Verbandes, anfragen, der im ersten Kriegsjahre mit Bezug auf die Kriegswirtschaft bewußt und ausdrücklich: „Sozialismus, wofin wir Widen!“ Oder auch bei Herrn Behrens, der dieser Kriegswirtschaft ausdrücklich die „Einkette der Kriegswirtschaft“ anheftete. Zum Schluß seiner Bemerkungen ergriff er sich in moralischer Enttäuschung über die „Politik der Handgranaten“, die nach seiner Auffassung nicht etwa von keinem Parteigenossen koste, sondern von „Spezialisten“ getrieben wird. Er fand bei seinen Freunden keinen Beifall, als er alle Kreise des deutschen Volkes zum harmonischen Zusammengehen aufforderte.

Die weitere Beratung wurde auf Freitag verlegt.

Der größte Ausschuß der Nationalversammlung beschloß mit 17 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten gegen 11 Stimmen die Einführung eines Herstellungsmonopols für Südwaren bis spätestens 31. März 1921.

### Postverbot aufgehoben!

## Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U.S.P.D.

Soeben erschien: Heft 10

Aus dem Inhalt:

Streits und Unruhen in Berlin und Hamburg

Eine Luxemburg-Feyer

Tosho's Roman „Der Teufel“

Kol. Pilszath, „Die schwarze Kutsche“

„Der vernagelte Nasse“, Kunstaus

Einzelnummer 20 Pf. - Vierteljährlich 2,50 Mk.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufsstellen, Kiosken, Bahnpostbuchhandlungen, sowie im Verlag. Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.







# Die Angekettetenbewegung in der Metallindustrie.

## Abbruch der Verhandlungen.

Bereits seit 9 Monaten warten die Angeketteten der Metallindustrie auf den Abschluß eines Tarifvertrags. Die Unternehmer haben es bisher verstanden, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen und positive Ergebnisse zu hintertreiben. Am Mittwoch ist jedoch der Gehaltskommissionar im Verhandlungsausschuss die Verhandlungen abgebrochen, da sie sich nicht länger an der Nase herumführen lassen wollen.

Die Unternehmer, die bei jeder Verhandlung mit neuen Ansätzen gekommen sind, haben sich zuletzt auf den Standpunkt gestellt, die Gehaltsbemessung von der Schulbildung abhängig zu machen. Nicht mehr die Tüchtigkeit soll bei der Gehaltsfestsetzung maßgebend sein, sondern der Grad der Bildung, welchen die Angeketteten durch Zufall bei der Wahl ihrer Eltern sich erworben haben. Die Angeketteten erblicken darin mit Recht ein Verstoßen des Klassenstandpunktes, der für die heutige Zeit nicht mehr maßgebend sein kann. Außerdem sind die von den Unternehmern vorgeschlagenen Gehaltsätze viel zu gering. Die Angeketteten haben dieserhalb einen Tarifentwurf mit höheren Sätzen eingereicht, aber die Unternehmer lehnen ihren Herrenstandpunkt hervor und erklären rund heraus, daß sie lediglich auf der Basis des von ihnen vorgeschlagenen Gehaltsentwurfs verhandeln wollten. Die Vorschläge der Angeketteten lehnten sie rundweg ab. Das alles hat jetzt zum Abbruch der Verhandlungen geführt.

Die Obleute der Angekettetenvereine haben sich daraufhin am Donnerstagabend in einer Versammlung im Nordischen Hof mit der Lage befaßt. Ingenieur Marquardt gab den Bericht der Tarifkommission. In einer eingehenden Debatte nahmen sie dann die verschiedenen Obleute Stellung zu dem Verhalten der Unternehmer. Es wurde allgemein als eine Herausforderung empfunden, die nur so gedeutet werden konnte, daß die Unternehmer sich nach Abschluß des Friedensvertrages wieder so stark fühlten, daß sie es auf einen offenen Kampf ankommen lassen wollten. Die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens mit der Arbeiterkraft wurde von allen Seiten betont. Die Taktik der Unternehmer geht dahin, Uneinigkeit in den Reihen der Angeketteten zu erzeugen, dieser Schlag müßte durch verstärkte Einigkeit pariert werden. Man müsse den Arbeitern die Wunderhand reichen. Auch die Vertreterin des Gewerkschaftsbundes der Angekettetenverbände wandte sich scharf gegen das Verhalten der Unternehmer. Den Tarifentwurf, den diese den Angeketteten zu bieten wagten, bezeichnete sie als ein Schandmal. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung der Obleute nimmt Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller. Nachdem nunmehr in beinahe neun Monaten die Möglichkeit des Zustandekommens eines Tarifvertrages für die Angeketteten durch den systematischen Widerstand der Arbeitgeber verhindert worden ist, billigt die Versammlung der Obleute den Abbruch der Verhandlungen mit der Kommission der Arbeitgeber.

Die Versammlung lehnt den Vorschlag der Arbeitgeber, wonach die Bezahlung in erster Linie nach dem Grad der Schulbildung und nicht nur nach dem Grad der Leistungen erfolgen solle, mit aller Entschiedenheit ab. Sie bedauert außerdem, daß die Verhandlungskommission der Angeketteten entgegen der ersten Weisung bereits unter der Forderung von 375 Mark Mindestgehalt für 20-Jährige, einschließlich aller Nebenbezüge, hervorgetreten ist. Die Versammlung beschließt, daß nunmehr der 2. August als letzter Termin für die Unterzeichnung des Tarifvertrages gesetzt wird, und fordert die Verhandlungskommission der Angeketteten auf, als letzten Weg der Verständigung sofort einen Schlichtungsausschuss anzurufen.

## Gewerkschaftliches.

### Generallstreik der Telegraphenarbeiter.

Nachdem während des gestrigen Tages zwischen der Oberpostdirektion und einer Kommission der Telegraphenarbeiter Verhandlungen stattgefunden haben, nahm gestern Abend eine von 1200 Menschen besuchte Versammlung des Bundes Deutscher Telegraphenarbeiter Stellung zur Lage. Bundessekretär Sal-Lentini berichtete über den erregten Verlauf der Verhandlungen. Da die Entlassungen innerhalb der 24 stündigen Frist nicht zurückgenommen worden waren, beschloß die Versammlung mit 10 Stimmen den sofortigen Generallstreik für Groß-Berlin. Einstimmig abgelehnt wurde die Forderung der Oberpostdirektion, durch Abstimmung von der Versammlung eine Erklärung zu erlangen, in Zukunft sich nicht mehr an politische Streiks und Demonstrationen zu beteiligen, die sich gegen die Regierung richten, ferner vom Recht des wirtschaftlichen Streiks nur Gebrauch zu machen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und ein rechtmäßiger Schiedsspruch erlangt ist, doch ferner bei allen Arbeitsüberlegungen die ordnungsmäßige Durchführung einzuhalten ist. Dagegen wurde gegen wichtige Stimmen der Vorschlag der Kommission angenommen, wonach die Versammlung erklärt, sich in Zukunft an keinen parteipolitischen Demonstrationen während der vorchriftsmäßigen Dienstzeit zu beteiligen.

Somit befinden sich seit heute früh die Telegraphenarbeiter im Streik, in dem sie so lange verharren, bis sich die Oberpostdirektion zur Rücknahme der Entlassungen verpflichtet.

### Ablehnung des Schiedsspruches über die Verkürzung der Arbeitszeit im Holzgewerbe durch die Unternehmer.

Am Mittwoch kam die zentrale Verhandlungskommission mit dem Reichsarbeitsrat zusammen, um über eine eventuelle Fortsetzung der Verhandlungen über einen Reichstarif sich schlüssig zu werden. Bevor jedoch in die Verhandlungen eingetreten werden konnte, mußten die Unternehmer sich erklären, ob sie dem am 1. Oktober an alle Personen, die unter den Tarifvertrag fallen, unterchiedlich 10 M. pro Woche auszugeben. Außerdem sollen die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Arbeiterverwertungsbüro der Textilwaren (Käse, Wäsche, Stiefel u. dergl.) bezogen können. Der Kapitalist werde etwa 5 Millionen Mark für diesen Zweck bereitstellen.

werden. Danach wird nunmehr im deutschen Holzgewerbe eine Situation eintreten, wie wir sie bereits im Anschluß an den Bericht über die Verhandlungen in Nürnberg zum Ausdruck gebracht haben.

### Tarifverhandlungen zwischen den Gemeinden Groß-Berlin und den städtischen Arbeitern.

Der Zentralausschuss hatte bekanntlich den streikenden Vereinen einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, der dahin ging, daß die jetzigen Tarifsätze bis zum 1. Oktober weiter gelten und darüber eine sogenannte Uebergangshilfe im Betrage von etwa 20 M. pro Kopf und Woche gewährt werden solle. Die Arbeiter haben diesem Vergleichsvorschlag zugestimmt.

Die Gemeindeverwaltungen hatten zu Donnerstagvormittag 10 Uhr die Vertreter der Arbeiter zu einer noch-maligen Besprechung des Vergleichsvorschlages eingeladen. Die Besprechung fand im Sitzungssaal der Stadtkommission im Berliner Rathaus statt. Stadtrat Dr. Sellt erklärte namens sämtlicher Gemeinden, daß sie bereit wären, vom 1. Juli bis zum 1. Oktober an alle Personen, die unter den Tarifvertrag fallen, unterschiedlich 10 M. pro Woche auszugeben. Außerdem sollen die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten durch die Arbeiterverwertungsbüro der Textilwaren (Käse, Wäsche, Stiefel u. dergl.) bezogen können. Der Kapitalist werde etwa 5 Millionen Mark für diesen Zweck bereitstellen.

Die Arbeitervertreter hielten angesichts dieser neuen Vorschläge eine Beratung unter sich ab, um Stellung zu nehmen. Nach längerer Aussprache gab Müntzer vom Gemeindearbeiterverband im Namen der Arbeiter die Erklärung ab, daß sie den Vorschlag der Gemeinden nicht annehmen könnten, weil die Organisationen bereits ihren Mitgliedern die Vorschläge des Zentralausschusses zur Annahme empfohlen und sich damit gewissermaßen festgelegt hätten. Eine erneute Besprechung der Mitglieder würde einmal wieder viel Zeit in Anspruch nehmen und außerdem kaum ein anderes Resultat zeitigen. Die Arbeiter müßten es demnach dem Zentralausschuss überlassen, einen Schiedsspruch zu fällen, dem sich die Arbeiter dann auch fügen werden.

Die Beschaffung möglicher Textilwaren begrüßte Müntzer gleichfalls, betonte aber, daß diese Lieferung mit der Lohnfrage nicht verknüpft werden dürfe und mußte daran den Wunsch, diese billigen Waren der gesamten arbeitenden Bevölkerung zugänglich zu machen. Nunmehr hat der Zentralausschuss zu entscheiden, der am Dienstag, den 29. Juli, vormittags 9 Uhr, zur Beratung zusammentreten wird.

### Bezirksleiterkonferenz der Steinseher.

Am Sonntag kamen in den Sophienböden die Delegierten des Verbandes der Steinseher, Plasterer und Verputzgenossen vom Bezirk Groß-Berlin und Provinz Brandenburg zu einer Konferenz zusammen. Unter anderem stand die Tariffrage, die Gründung der Arbeitergemeinschaft und der Bericht über den Stand der Vorarbeiten zu den Arbeiterabmachungen auf der Tagesordnung. Die Schlichtungskommission berichtete über die Verhandlungen betreffs Gewährung von Teuerungszulagen. Gelehrt wurde eine Erhöhung von 50 bzw. 75 Pf. pro Stunde, so daß der Stundenlohn mindestens 2,50 M. zu betragen habe. Ab 1. Oktober wird eine weitere Erhöhung von 20 Pf. verlangt, wenn sich bis dahin die Lebenshaltung nicht wesentlich verbilligt haben sollte. Da die Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind, wurde die Schlichtungskommission beauftragt, mit den Forderungen bis zum Einigungsamt und zum Schlichtungsausschuss zu gehen.

Über den Wert der zwischen dem Bezirksverband der Steinseher und Straßenarbeiter von Berlin und der Provinz Brandenburg einerseits und dem Verband der Steinseher andererseits zu gründenden Arbeitergemeinschaft waren die Ansichten geteilt. Diese Arbeitergemeinschaft soll die Mittel aufbringen, welche dem Charakter des Steinseherwesens als Konjunktur- und Saisongewerbe entsprechend dazu Verwendung finden sollen, neben der häuslichen eine berufliche Fortbildung zu ermöglichen. 70 Prozent der verfügbaren Mittel sollen zur Gewährung einer realen Gewerkschaftenunterstützung während der Winterzeit verwendet werden. Eine große Anzahl der Delegierten vertrat den Standpunkt, daß man mit diesem Arbeitergemeinschaftsvertrag ein gutes Stück zur Vertiefung der Sozialisierung näherkomme und dementsprechend soll er auch als Vertrag über die Sozialisierung des Steinseherwesens bezeichnet werden. Die Versammelten waren sich darüber einig, daß als nächstes Ziel die kommunale Regie zu erstreben sei, die einer Sozialisierung sehr nahe stehe. Wie aus den Berichten der einzelnen Vertreter hervorging, ist dies an einigen Orten schon erreicht, wie überhaupt im Steinsehergewerbe die Hoffung besteht, den Widerstand und die Vormachtstellung des Unternehmertums bald gänzlich zu beseitigen.

### Schiedsspruch im Steinsehergewerbe.

Das Einigungsamt des Oberbürgermeisters zu Berlin hat in Sachen der Arbeiter und Arbeitnehmer im Steinsehergewerbe für Berlin und die Provinz Brandenburg in der Sitzung am 22. Juli nachstehenden Schiedsspruch verkündet: Die Stundenlöhne betragen vom 1. Juli 1919 in Berlin und dem schlesischen Umkreis: a) für Steinseher 2,50 M., b) für Hammer 2,70 M., c) für häusliche Hilfsarbeiter 2,45 M., d) für nichtständige Hilfsarbeiter bis zu drei Monaten 2,35 M. Bei dem Steinseherlohn sind die Zuschläge im Verhältnis der Erhöhung des Stundenlohnes (also 1 1/2 Prozent Zuschlag zu den einzelnen Akkordpositionen) zu zahlen. Die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages und seiner Nachträge bleiben unverändert in Kraft.

### Die Genossführten.

In unserer Donnerstag-Morgennummer konnten wir berichten, daß der Streik in den Versorgungsabteilungen der Bezirkskommandos I bis VI beendet sei, da alle Forderungen im wesentlichen befriedigt worden seien. Wie uns jetzt mitgeteilt wird, sind die Versorgungsabteilungen, die der Unterstaatssekretär Orzeszinski abgeben hat, in keinem Punkt gehalten worden. Als die inaktiven Genossführten sich am Donnerstag vormittag wieder zur Arbeit meldeten, wurde ihnen gesagt, sie könnten die Arbeit wieder aufnehmen, aber als Soldat; aus der Genossenschaft sollte unterschrieben werden. Die Streikkommission beug sich sofort nach dem Kriegsministerium, erhielt man dort aber auch keine andere Antwort. Ein Teil der Ausständigen nahm darauf seine Entlassung, da eine Weiterführung des Streiks aussichtslos war. Wenn es aber zutrifft, daß den Ausständigen am Mittwoch die Versprechungen gemacht sind, die wir auf Grund von überbrachter Mitteilung veröffentlichten, dann kann man wohl sagen, daß noch niemals eine Arbeitergruppe so an der Nase geführt worden ist wie diese Angehörigen der Versorgungsabteilungen.

### Tarifbruch der Arbeitgeber im Friseurgewerbe.

Am 17. Juli referierte Nobel in Charlottenburg über die wirtschaftliche Lage der Gehilfen und Gehilfinnen. Er führte u. a. aus: Es ist und nach viermonatigen Verhandlungen möglich gewesen, mit unseren parteipolitischen Arbeitgeberern am 20. Mai einen Kollektivvertrag zum Abschluß zu bringen. Wenn wir im besonderen damit nicht zufrieden sein können, so lag das an der Interessenslosigkeit der Groß-Berliner Gehilfen; im allge-

meinen waren wir damit zufrieden, weil zum ersten Male ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Nach Abschluß des Vertrages haben unsere Prinzipale Regelscher Richtung Tarifbruch begangen, indem sie in eine Preisverhöhung eingetreten sind ohne Zustimmung des Vertragskontrahenten. Die Vertreter der Schlichtungskommission (Matuschke) haben in Verhandlungen, Nobel geistlich besonders die Nachbarn der Arbeitgeber hier im Westen. Die Herren, sagte er, brauchen uns als Objekt, um auch für sich den freien Wochenarbeitsvertrag zu haben, indem sie durch Plakate bekannt geben, daß sie durch den Tarifvertrag gezwungen sind, Montags ab 1 Uhr zu schließen. Nobel empfahl dann eine Resolution, die dagegen protestiert, und die Vertreter der Gehilfenorganisation sofort in Verhandlungen zu treten haben. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Eine öffentliche Versammlung aller in Buchbinderei und Buchdruckerei tätigen Meister und technischen Angestellten nahm gegen die Verschleppung des eingereichten Reichstarifs Stellung. Der Vorsitzende Keller wies darauf hin, daß anscheinend bei den Prinzipalen wenig Neigung bestünde, mit den angestellten tarifliche Abmachungen einzugehen. Wenn auch angegeben sei, daß ein Reichstarif für die Provinzstädte nicht im Handumdrehen einzuführen sei, so hätten aber zumindest Verhandlungen stattfinden können, um mit der Einführung des Reichstarifs zunächst für die vier Reichsstädte Berlin, Leipzig, Stuttgart und München zu beginnen. Statt dessen ist in München bereits ein städtischer Tarif abgeschlossen, und scheint dieses Vorgehen in anderen Städten Nachahmung zu finden. Schiffner als Vertreter des Deutschen Meisterverbandes erklärte, daß die Prinzipale auf den Reichstarif nicht eingehen, wir uns an denselben nicht mehr zu halten brauchen und die sehr beschleunigten Forderungen für Berlin bedeutend erhöhen sollten. Die nachfolgenden Redner glaubten aber die Ausführungen des Vorsitzenden Keller unterstreichen zu müssen und stellten den Antrag, den Reichstarif unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Um aber für Berlin ein besseres Tarifverhältnis herbeizuführen, soll der Entwurf den Berliner Prinzipalen mit dem Ersuchen gestellt werden, diesen Tarif ab 1. August d. J. für Berlin gültig zu erklären, damit auch auf jene Firmen, welche sich bisher nicht dazu verstehen konnten, ihren Werkmeistern entsprechende Aufbesserungen zu gewähren, ein Druck ausgeübt werde.

Die Angestellten der Orlis-, Jannungs- und Betriebskraften hatten am Mittwoch nachmittag in den Sophienböden eine Versammlung ab, in der über die Verhandlungen mit dem Stassenverbande berichtet wurde. Bekanntlich hatten die Angestellten der Orlis eine einmalige Entschuldungssumme von 1200 M. verlangt, außerdem eine laufende Teuerungszulage von 200 M. für alle Angestellten. Die Vertreter des Stassenverbandes lehnten die Forderung einer einmaligen Entschuldungssumme rundweg ab und erklärten sich nach diesem Widerstreben zu folgenden Zugeständnissen bereit: verheiratete männliche Angestellte und Hilfskräfte sollen ab 1. Juli eine monatliche Teuerungszulage von 100 M. bis zum 1. Dezember 1919 erhalten, unverheiratete Hilfskräfte und verheiratete und unverheiratete weibliche Angestellte 75 M. monatlich. Dieses Zugeständnis lehnte die Verhandlungskommission ab, da es den Forderungen der Angestellten in keiner Weise entsprach. Ebenso lehnte die Vertriebsmännerkonferenz der Angestellten die Vorschläge des Stassenverbandes ab und empfahl der Versammlung das Gleiche. Nach kurzer Diskussion, in der sich die Redner zum größten Teil für Ablehnung aussprachen, wurde geheime Abstimmung beschloffen. Das Ergebnis derselben kann, der Stimmung der Versammlung entsprechend, nur Ablehnung sein.

Verleumdung. Unsere Mitteilung über den Schiedsspruch für Versicherungsangehörige in der Abendausgabe vom 23. Juli enthält einen irrtümlichen Druckfehler. Es muß in der 4. Zeile von unten statt aber oder heißen.

Nachgruppe 2b (Seerettbetriebe). Die Angestellten, deren Angekettetenvereine die Schmelzen Nr. 17, 19 bis Nr. 37, 10 vom 21. 7. 19 des Seebener-Ausschusses nicht erhalten haben oder nicht bekanntgemacht haben, wollen sich unter genauer Angabe ihrer Anschrift (auch Telefon) an Seebener-Ausschusskollegen Eugen Link, Julebantius des Müllerverkehrsmuseums, Berlin, Welle-Allianz-Straße 16 II, Zimmer 20, wenden.

## Groß-Berlin.

### Bekanntmachung des Vollzugsrates.

Die nächste Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und der Delegierten der Soldatenräte findet am

Sonntag, den 26. Juli, vorm. 10 Uhr,

in den Germaniaäulen, Chausseestraße, statt.

Tagesordnung: Neuwahl und Neuaufbau des Groß-Berliner Arbeiterrats.

Wir ersuchen sämtliche Arbeiterräte, pünktlich anwesend zu sein. Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten empfehlen wir, darauf zu achten, daß ihre Arbeiterräte diese Vollversammlung besuchen, andernfalls sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der Vollzugsrat  
gen. Richard Müller. Fritz Rask.

Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsfunktionäre der U. S. V. D.

Die Fraktionsführung sämtlicher Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre findet am Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr, in den Germaniaäulen, Chausseestraße, statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Der Fraktionsvorstand, J. A.: Otto Koch.

### Schinken im Parteibureau.

Wie wir erfahren, gibt es in Berlin eine Lebensmittelverteilungsstelle für Angehörige der U. S. V. D. Diese Zentrale befindet sich im Gebäude Schillerstraße 6, von welcher aus durch Vertrauensleute der genannten Partei reichliche Lebensmittel, wie Brot, Fleisch, Butter, Eier, Schinken, je nach Bedarf, den Campagnen überbracht werden. Zu einem Sonntag, wo nur Vertraute und Eingeweihte Zutritt haben, sollen die Brotzeitwerke bis zur Dämmerung ausgepackt gewesen sein. Diese Lebensmittel sind von Angehörigen der U. S. V. D. gesammelt worden zur Unterstützung von Personen, die nicht in der Lage sind, Lebensmittel zu erwerben.

Eine Notiz vorstehenden Inhalts, der sich wie eine dunkle Schiebergeschichte liest, verleiht ein Berliner Korrespondentbureau an die Zeitungen weidest weite Verbreitung. Das Korrespondentbureau meint keine Ahnung zu haben, daß die



